



# VAdM – *Kurier*

9. Ausgabe: April 2020

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e.V.

**Liebe Landsleute,  
Ein frohes Osterfest in  
bester Gesundheit wünscht die  
VAdM-Redaktion**



## **Inhalt:**

Osterbotschaft	Seite 1
Krisenzeiten	Seite 2
Kommunalwahl Bayern	Seite 2
Geschichtsträchtiger Raum: Preußen	Seite 3
Eduard Mörike: Frühling, Er ist's	Seite 4
Erinnern: Volksabstimmung in West- und Ostpreußen	Seite 5
Posselt: Absage Sudetendeutscher Tag 2020	Seite 7
Integration: Leseprobe: Die Donauschwaben	Seite 8
Ausblick: Sudetendeutscher Tag: Ein historischer Einschnitt	Seite 9
Minderheiten: Vertrieb LandesEcho	Seite 9
Verschiedenes/Hoh(I)spiegel/Impressum	Seite 10

## **Osterbotschaft**

Zu Ostern feiern Christen in aller Welt mit der Auferstehung des Heilands ihr größtes Fest: Hauptbotschaft ist hierbei der Friede, den das katholische Oberhaupt der „Stadt und dem Erdkreis“ nicht nur wünscht, sondern auch einfordert!

Die neuesten Entwicklungen in der Alternative für Deutschland hatten sicherlich nicht unbedingt mit innerparteilichem Frieden zu tun. Andererseits, dies muss offensichtlich auch immer wieder betont werden, sind richtungsweisende Auseinandersetzungen, sind politische Flügelkämpfe ein ganz normaler Vorgang in einer politischen Gruppierung, erst recht in einer so jungen Partei.

Wir sollten uns darauf besinnen, daß uns weit mehr politische Inhalte und Forderungen als Alternative für Deutschland einen, unabhängig von der individuellen politischen Ausrichtung in Einzelfragen, als trennen. Was uns häufig trennt, sind vielmehr persönliche Befindlichkeiten, diese sollten angesichts der immensen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, hintangestellt werden.

Was innerparteilich gilt, geht auch den gesellschaftliche Diskurs in Deutschland an; hier sollte die österliche Botschaft lauten: Offenheit und Meinungsfreiheit schafft Frieden.

*Vadim Derksen*

*Herbert Karl*

## Wie wir die Corona-Krise meistern können:



1. Steuererlass statt Hilfskredite
2. Kauft „Made in Germany“
3. Internet entlasten: Öffentlich-Rechtliches Internetangebot zurückfahren
4. EU Zahlungen zurückfahren. Jeder Euro wird jetzt im Land gebraucht
5. Neue Düngeverordnung für Landwirte stoppen
6. Sofortiger Stopp aller Flüchtlingseinreisen



Stephan Probst



## Impressionen aus der Kommunalwahl in Bayern

### Landratskandidat Dr. Rainer Rothfuß

"Wirtschaftsförderung sollte vor allem den kleineren Unternehmen nutzen. Weltkonzerne sind wichtig für unseren Landkreis, doch gerade die Stärke der kleinen und mittleren Unternehmen sorgt für flächendeckende Wirtschaftsaktivitäten und sorgen für die Mehrzahl der Arbeitsplätze und eines stabilen Steueraufkommens. Daher verdienen Sie es auch besonders unterstützt zu werden. Die Landkreisverwaltung, aber auch die Stadtverwaltung müssen zu Partnern der Unternehmen werden, die unter einer immer größeren Bürokratielast aus Brüssel, Berlin und München leiden."



### Die Weltwirtschaftskrise 2020 und die Rentengerechtigkeit für Aussiedler

Die Ausbreitung des Corona-Virus' zeigt erneut eine Hyperaktivität *des* Staates: Blinder Aktionismus verdeckt dabei wie immer geistige Trägheit: Dieser Aktionismus folgt dem wochenlangen Sichwegducken vor der anrollenden Pandemie.

Die Quarantänevorschriften sind das eine, die Form ihrer Durchsetzung, die andere. Was allerdings hierbei erstaunt, ist daß die sogenannte große Koalition jegliche Diskussion über deren Ende und *die Zeit danach* abzuwürgen versucht.

Für die Gruppe der Spätaussiedler ist das Abwürgen des gesellschaftlichen Diskurses kein Novum. Die mit der Globalisierung verbundenen Versorgungsengpässe auch nicht. Und dabei steht im Zentrum wieder ein kommunistischer Staat: Betreuter öffentlicher Diskurs und Wirtschaftsdirigismus kennzeichnen die sich als Kryptokapitalisten gerierende Führungselite Rotchinas aus.

Dieser Nomenklatura müßten aber die Aussagen diverser Marxisten, daß in der kapitalistischen Produktionsweise, des ihr impliziten Profitstrebens, auch schon ihr Untergang liegt, sicherlich bekannt sein.

Die Implosion der sowjetischen Planwirtschaft ist andererseits keiner Bevölkerungsgruppe so sehr in Erinnerung wie den Spätaussiedlern.

Diese haben erneut keine politischen Fürsprecher in der sich abzeichnenden Sternstunde der Monetaristen in der Bewältigung der derzeitigen Weltwirtschaftskrise.

Auch der BdV und die ihm stramm folgenden Landsmannschaften passten sich unwidersprochen den Verbots- und Stillhalte-Parolen der Bundesregierung an. Es wäre aber gerade jetzt der Moment, nachdem diese das Euro-Füllhorn ausgeschüttet, die *Rentengerechtigkeit* für Aussiedler und Spätaussiedler einzufordern.

Herbert Karl

## **Geschichtsträchtiger Raum: Preußen in der deutschen Geschichte**

eine historische Betrachtung in 3 Teilen

von Franz Bernhard

*Die Bedeutung Preußens für die deutsche Geschichte ist enorm und kann in einem kurzen Artikel kaum angemessen gewürdigt werden. Die Ostkolonisation brachte im Mittelalter deutsche Siedler in den Raum zwischen Elbe und Weichsel. Der Deutsche Orden kultivierte das Land zwischen der Weichsel bis hinauf zum Finnischen Meerbusen. Die deutsche Hanse überzog Nordeuropa mit einem Netz von Handelsstraßen und Wirtschaftszentren, zu denen auch Stettin, Danzig, Riga oder Reval gehörten. Königsberg war die Krönungsstadt der preußischen Könige, um den Besitz Schlesiens führte der Preußenkönig Friedrich der Große drei blutige Kriege. Im Folgenden soll auf drei Bezüge näher eingegangen werden.*

### **Schlesien und die Befreiungskriege**

*Am 10. März 1813 stiftete der preußische König Friedrich Wilhelm III. in Breslau das Eiserne Kreuz als Kriegsauszeichnung für den Krieg gegen Frankreich in drei Stufen: Eisernes Kreuz 2. und 1. Klasse sowie das Kommandeuren vorbehaltene Großkreuz. Auf Grundlage einer Zeichnung des Königs wurde Karl Friedrich Schinkel am 13. März 1813 mit der Erstellung einer entsprechenden Reinzeichnung beauftragt.*

*Hintergrund waren die beginnenden Befreiungskriege gegen die Vorherrschaft des napoleonischen Frankreich in Mitteleuropa, zu denen Friedrich Wilhelm III. mit seiner am 17. März 1813 gleichfalls in Breslau erlassenen Proklamation „An Mein Volk“ aufgerufen hatte.*

*Mit dem Aufruf wandte sich der preußische König in Breslau an seine Untertanen, „Preußen und Deutsche“, und bat um Unterstützung für den Kampf gegen Kaiser Napoleon I. Am selben Tag war die Kriegserklärung Preußens an Frankreich erfolgt.*

*Der Aufruf wurde in der schlesischen Metropole Breslau veröffentlicht, weil in der preußischen Hauptstadt Berlin aufgrund der französischen Besatzungstruppen nicht für die Sicherheit des preußischen Königs hätte gesorgt werden können. Mit dem Aufruf wandte sich das erste Mal in der Geschichte ein preußischer Monarch direkt an sein Volk. Der Aufruf stellte damit gleichzeitig auch den Beginn eines Wandels im Verhältnis des preußischen Königs zur preußischen Bevölkerung dar. Den Text hatte der preußische Staatsrat Theodor Gottlieb von Hippel (1775–1843) entworfen. Die Verbreitung erfolgte durch Abdruck in der Schlesischen privilegierten Zeitung am 20. März 1813.*

*Der Aufruf, in dem die Einheit von Krone, Staat und Nation beschworen wurde, führte zur Bildung eines Volksheeres, freiwilliger Jägerverbände und Freikorps (deren bekanntestes das des Majors Adolf von Lütow werden sollte), so daß Preußen neben Rußland die Hauptlast der Befreiungskriege auf sich nahm.*

*Friedrich Wilhelm III. stiftete mit dem Eisernen Kreuz die erste Auszeichnung in Deutschland überhaupt, für deren Verleihung hervorragende Handlungen im Befreiungskrieg ohne Rücksicht auf Stand, Herkunft, Dienstgrad und militärischen Rang maßgebend waren. Unterstützend zu der beginnenden Verleihungspraxis kam hinzu, daß mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht alle Standesunterschiede gefallen waren.*

*Das Material dieses Ordens, das Eisen, war symbolträchtig. Im Gegensatz zu vielen anderen üblichen Militärorden dieser Ära wurde beim Eisernen Kreuz bewußt auf wertvolle Materialien verzichtet. Die Auszeichnung aus schwarzem, mit Silber eingefasstem Gußeisen stand für die ritterliche Pflichterfüllung und Zurückhaltung eines preußischen Soldaten und sollte außerdem auf das Eisene Zeitalter der antiken Mythologie anspielen, das mit dem neuen Krieg beginnen sollte. Der preußische Staat sammelte seit dem 31. März 1813 von wohlhabenden Bürgerinnen und Adligen Goldgeschmeide im Tausch gegen einfachen Eisenschmuck („Gold gab ich für Eisen“; „Gold zur Wehr, Eisen zur Ehr“). Offensichtlich ist darüber hinaus der Bezug zum 1812 entstandenen Vaterlandslied des deutschen Dichters Ernst Moritz Arndt, das mit den Worten beginnt: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte...“*

*Im Mittelpunkt der Symbolwelt um das Eisene Kreuz stand die Ehefrau Friedrich Wilhelms III., Königin Luise. Seit ihrem Tod 1810 hatte sich um sie ein Mythos als vorbildliche Gattin, liebende Mutter, preußische Madonna und Märtyrerin gesponnen, an den der König mit dem Eisernen Kreuz anknüpfte. So datierte er die Stiftungsurkunde, die am 20. März 1813 in der Schlesischen privilegierten Zeitung abgedruckt wurde, auf den 10. März, Luises Geburtstag, vor. Ihr wurde der neue Orden auch als erster verliehen, wenngleich nur posthum.*

*Zum Kampf gegen Napoleon wurde aus preußischen und russischen Truppen die Schlesische Armee gebildet, deren Kommandeur der berühmte „Marschall Vorwärts“, Fürst Gebhardt Leberecht von Blücher, wurde. Am 26. August 1813 kam es zur Schlacht an der Katzbach, ein linker Nebenfluß der Oder in Niederschlesien.*

Der rechte Flügel der Schlesischen Armee begann den Feind bei Liegnitz anzugreifen. Die Truppen sollten auf beiden Ufern der Wütenden Neiße bis zur Katzbach vorgehen und diese überschreiten. Die Vorhut der Truppen wurde am linken Ufer der Katzbach und der Neiße von der Übermacht der französischen Truppen auf das Plateau am rechten Ufer der Neiße zurückgedrängt. Hier bezogen die Preußen auf Befehl von Blücher Stellung. Die nachrückenden Franzosen mußten bei strömendem Regen über den Uferhang des tief eingeschnittenen Tals der Neiße angreifen. Um 15 Uhr begann der Gegenangriff, der die französischen Truppen zurückwerfen konnte. Eine Entlastungsattacke der französischen Kavallerie konnte abgewehrt werden und der nun folgende Angriff der russischen und preußischen Kavallerie unter Blücher zwang die Franzosen zum Rückzug. Dabei jedoch behinderten sich die zurückweichenden und die noch vorstoßenden französischen Truppen. In der dadurch entstandenen Verwirrung und Panik flüchteten die französischen Truppen in das Tal der Wütenden Neiße. Durch den Regen war der Fluß zu stark angeschwollen. Viele Soldaten, die den Fluß durchqueren wollten, wurden fortgerissen und ertranken. Die Artillerie der Verbündeten rückte bis an den Talrand vor und beschoß von dort die französischen Truppen mit Kartätschen und Granaten. Nur der Einbruch der Nacht und das schlechte Wetter hinderten die Verbündeten an einer energischen Verfolgung.

So begann erst am 27. August die Verfolgung der französischen Armee. Am 1. September konnte die Vorhut der Verbündeten bis zur Lausitzer Neiße vordringen. Die Franzosen verloren insgesamt bis zum 1. September 103 Kanonen und 12.000 Mann an Toten und Verwundeten und 18.000 Gefangene, darunter drei Generäle. Der Rest ihres Heeres war vollständig demoralisiert. Die Verbündeten hatten einen Verlust von ungefähr 4.000 Mann an Toten und Verwundeten. Außerdem konnten die Verbündeten so das weitere Vorrücken der Franzosen in Schlesien verhindern.

Blücher selbst erhielt 1814 den Titel „Fürst Blücher von Wahlstatt“ nach dem nahen, durch die Mongolenschlacht 1241 bekannten Dorf Wahlstatt.

### Bunzlau: Boberviadukt: Gestern und heute



### Frühling

#### Er ist's

Frühling läßt sein blaues Band  
Wieder flattern durch die Lüfte  
Süße, wohlbekannte Düfte  
Streifen ahnungsvoll das Land  
Veilchen träumen schon,  
Wollen balde kommen  
Horch, von fern ein leiser Harfenton!  
Frühling, ja du bist's!  
Dich hab ich vernommen!

Eduard Mörike (1804 – 1875)

Das Gedicht von Mörike  
erschien in der letzten Aus-  
gabe der:



## **11. Juli 2020: 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen**

Viel ist die Rede vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der bekannte Völkerrechtler Alfred de Zayas (von Mai 2012 bis April 2018 Unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung) sagte hierzu am Dezember 2014 in einem Interview: „Seit der Sezession der Halbinsel Krim ist die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Dabei wird die unterschiedliche Auslegung dieses Völkerrechts augenfällig. Was für die einen gelten soll und Unterstützung erfährt, muss in einer anderen Region der Welt verhindert werden. Fragwürdig ist dabei die Haltung und Einstellung der Industrienationen. Während zum Beispiel die Abspaltung des Kosovo von vielen sogenannten westlichen Staaten umgehend anerkannt wurde, lehnen dieselben Staaten die Anerkennung der Sezession der Halbinsel Krim entschieden ab. ... Ob wir die Ukraine nehmen, den Kosovo, Abchasien, Südossetien, Transnistrien, Nagorno Karabach, Südtirol, die Tamilen, West-Papua, Rapa Nui, die Molukken, den Sudan usw., man muss im Auge behalten, dass es um Menschen geht, die in erster Linie etwas Legitimes anstreben, nämlich die Gestaltung ihrer eigenen Identität, somit die eigene kulturelle Entfaltung.“

Dass es bereits vor einhundert Jahren Bemühungen gab, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung zu verschaffen, dass diese Versuche uns Deutsche betrafen und in ihren Auswirkungen bis heute betreffen, ist nahezu in Vergessenheit geraten. Die Bedeutung der Volksabstimmung 1920 besonders für die Geschichte Ostpreußens (und, neun Monate später, am 20. März 1921, Oberschlesiens) ist unbestritten, denn hier wird an einem frühen Beispiel eine politisch und verwaltungstechnisch gelöste Durchsetzung der Selbstbestimmung der Völker vorgeführt. An diesem Beispiel wird die wesentliche Rolle des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker für die friedliche Lösung von territorialen Streitfragen deutlich.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kam es nach Maßgabe des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 zu erheblichen Gebietsabtretungen ohne Volksabstimmung und ohne Rücksichtnahme auf die Wünsche der jeweiligen Bevölkerung. Große Teile Westpreußens sowie die Provinz Posen fielen an Polen, Eupen und Malmedy an Belgien sowie Elsaß-Lothringen an Frankreich. In einigen umstrittenen Grenzregionen fanden Abstimmungen statt: am 10. Februar 1920 in Nordschleswig (fiel an Dänemark), am 14. März 1920 in Mittelschleswig (verblieb beim Deutschen Reich), am 20. März 1921 in Oberschlesien (Teilung zwischen dem Deutschen Reich und Polen), am 13. Januar 1935 im Saargebiet (Verbleib beim Deutschen Reich).

In Ostpreußen fanden am 11. Juli 1920 in zwei Gebieten Abstimmungen über die zukünftige Zugehörigkeit zu Deutschland oder Polen statt. Bereits ab März/April 1919 gründeten sich zur Abwehr polnischer territorialer Wünsche vereinzelt Bünde und Ausschüsse, die sich am 14. Juli 1919 zum „Masuren- und Ermländerbund“ zusammenschlossen. In kurzer Frist bildeten sich daraufhin in fast jedem Ort entsprechende

Heimatvereine, deren Zahl im September 1919 schon auf 1.046 Ortsgruppen mit zusammen 206.313 Mitgliedern angestiegen war. Zur publizistischen Unterstützung wurden die „Ostdeutschen Nachrichten“ ins Leben gerufen, um so auch die abgelegensten Dörfer und Höfe schriftlich mit den Idealen und Vorstellungen des Masuren- und Ermländerbundes vertraut zu machen. Auch in der westpreußischen Abstimmungszone wurden westpreußische Heimatvereine mit gleicher Zielsetzung gegründet, wobei die „Ostdeutschen Nachrichten“ ebenfalls als Informations- und Argumentationsvermittler eine wichtige Rolle übernahmen.

Doch auch die Polen blieben nicht untätig. Analog zu den deutschen heimattreuen Vereinigungen bildeten sich zur Vorbereitung auf die Abstimmung ebenfalls polnische Vereinigungen. So wurde im Juni 1919 in Warschau ein Mazurski Komitet Plebiscytowy (Masurisches Abstimmungskomitee) gebildet. Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages kam noch ein Warmiński Komitet Plebiscytowy (Ermländisches Abstimmungskomitee) mit gleicher Zielsetzung hinzu. Beide Komitees führten zunächst Rednerschulungen für die im Abstimmungsgebiet einzusetzenden Agitatoren durch. Diese wurden nach dem Eintreffen der Internationalen Kommission nach Ostpreußen geschickt, wo sie in Konkurrenz zum ebenfalls neugegründeten Mazurski Związek Ludowy (Masurischer Volksbund) standen. Der Aufbau einer paramilitärischen Truppe namens Mazurska Straż Bezpieczeństwa (Masurischer Sicherheitsdienst) scheiterte allerdings. Insgesamt waren die propagandistischen Bemühungen der unterschiedlichen polnischen Vereinigungen nicht besonders erfolgreich, da zum einen das Deutschtum im Abstimmungsgebiet klar dominierte, zum anderen aber auch zur gleichen Zeit der junge polnische Staat mit der Sowjetunion in einen Krieg verwickelt war, der ein Fortbestehen der Republik Polen durchaus zweifelhaft erscheinen ließ.

Durch den Artikel 95 des Versailler Vertrages durften auch diejenigen Ostpreußen an der Abstimmung (persönlich und vor Ort!) teilnehmen, die aus verschiedenen Gründen (Arbeit, Heirat, Ausbildung usw.) im übrigen Reichsgebiet, d. h. überwiegend im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, lebten und arbeiteten. Von diesen Abstimmungsberechtigten gaben am 11. Juli 1920 157.428 ihre Stimme ab. 86.637 Personen nutzten die kostenlosen Beförderungsmöglichkeiten des neugeschaffenen »Seedienstes Ostpreußen«, der am 29. Januar 1920 den Verkehr aufgenommen hatte. Von den Häfen Swinemünde und Stolpmünde aus gelangten an einem einzigen Tag, am 7. Juli 1920, rd. 13.500 Abstimmungsberechtigte auf 21 Schiffen nach Pillau, um von dort mit dem Zug in die Heimatorte weiterzureisen. Insgesamt wurden während des Abstimmungsverkehrs 29 Schiffe eingesetzt. Weitere 70.791 Personen erreichten das Abstimmungsgebiet auf dem Landwege, wobei auch hier viele Sonderzüge vom westlichen Reichsgebiet aus eingesetzt wurden, die für die Hinreise vom 29. Juni bis 10. Juli und für die Rückreise vom 12. Juli bis 21. Juli kursierten.

Viele Organisationen, wie das Deutsche Rote Kreuz, aber auch Schulen oder Privatpersonen mit patriotischer Einstellung, halfen durch unterschiedlichste Tätigkeiten (kostenlose Essensausgabe, Musik, Blumenschmuck, kostenlose Beförderung mit Pferd und Wagen in den Heimatorten usw.) mit, die oft beschwerliche und lange Anreise zur Abstimmung sowohl zu ermöglichen als auch zu erleichtern. Wenn man bedenkt, dass auf dem Land- wie dem Seeweg ungefähr 37 % der Abstimmungsberechtigten in relativ geringer Zeit nach Ostpreußen kamen, so kann man in etwa die damalige Beförderungsleistung ermessen. Von insgesamt 425.305 Abstimmungsberechtigten im südlichen Ostpreußen gaben insgesamt 371.715 (87,4 %) ihre Stimme ab. Für einen Verbleib beim Deutschen Reich stimmten 363.209 Personen, also 97,48 %, für einen Anschluss an Polen 7.980 (2,52 %); ungültig waren 526 Stimmen.

Hinsichtlich des Abstimmungsgebietes Marienwerder votierten für einen Verbleib bei Ostpreußen bzw. beim Deutschen Reich 92,42 % und 7,58 % für Polen. Demzufolge wurden nur einige im Grenzgebiet zu Polen liegende Dörfer auf Anweisung des Obersten Alliierten Rates in Paris an Polen abgetreten. Überwältigend war die Zahl der Wählerinnen\* und Wähler, doch noch überwältigender waren die Ergebnisse zugunsten des Deutschen Reichs. Doch nur 25 Jahre später war keine Rede mehr von diesen Abstimmungsergebnissen und dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Zwar ist die Zeit hierüber hinweggegangen, doch nicht nur die deutschen Heimatvertriebenen, nein, alle Deutschen sollten hieraus die Lehre für die Zukunft ziehen: „Das Völkerrecht ist universell und muss immer gleichermaßen angewandt werden“ (Alfred de Zayas).

\*Erinnert sei daran, dass Frauen auf nationaler Ebene erst seit dem 19. Januar 1919 wahlberechtigt waren.

\*\* Weiterführende Literatur: Die Volksabstimmung am 11. Juli 1920 in Ost- und Westpreußen, Hrsg.: Landsmannschaft Ostpreußen, Hamburg 1990.

### **Bernd Posselt und die Absage des Sudetendeutschen Tages 2020**

Nun hat sich endlich auch Bernd Posselt, der sich selbstherrlich als oberster Repräsentant des Vierten Bayrischen Stammes bezeichnet, mit einer Erklärung zu Wort gemeldet. Und es sollte dabei natürlich auch in dieser Zeit der Corona-Krise trotz allem ganz staatsmännisch wirken. Deshalb wandte sich der Sprecher der Sudetendeutschen nicht persönlich an seine Landsleute, sondern überließ das der Pressesprecherin der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Hildegard Schuster. Er ließ dabei vermelden, dass er "schweren Herzens" den Sudetendeutschen Tag 2020 absagt.

Wie es um die Sudetendeutsche Landsmannschaft steht, das zeigt auch der Rückgang an zahlenden Lesern der Vereinszeitung "Sudetendeutsche Zeitung". Nur durch die weitere Integration von regionalen Vereinsblättern konnte der wirtschaftliche Kollaps des Blattes bisher vermieden werden. Die offizielle Abonnentenzahl wird übrigens wie ein Staatsgeheimnis gehütet, das betonte schon vor Jahren die frühere Heimatpflegerin Walli Richter. Deshalb wirbt ihr Chefredakteur auch bei abnehmender Mitgliederzahl in der Landsmannschaft um neue Abonnenten und bezeichnet das kostenlose Mitlesen als unsolidarisch. Das Presseorgan der Sudetendeutschen hat aber selbst durch das Ausgrenzen Andersdenkender immer wieder mit dazu beigetragen, dass das Blatt nur noch zum Sprachrohr linientreuer Posseltanhänger mutiert ist. Es ist schon einige Jahre her, als Herbert Fischer noch davon sprach, dass der deutsche Adler eben zwei gleichgroße Flügel rechts und links haben müsse, um nicht abzustürzen. Wer aber keine kontroverse Diskussion zulässt, der dreht sich am Ende nur noch um sich selbst.

Vielleicht hat der überzeugte Paneuropäer Posselt bei all seinen Aktionen, mit denen er die Sudetendeutsche Landsmannschaft bisher auf Linie bringen wollte dabei an seine Präsidentin des Europäischen Parlaments, Ursula von der Leyen, gedacht. Sie stand zwar 2019 nicht selbst zur Wahl, wurde aber dennoch auf Grund des vorher ausgeübten Drucks Frankreichs ins Amt befördert. Auch für Bernd Posselt sind ja bekanntlich Abstimmungen nur dann wichtig, wenn sie sein Ergebnis liefern. In Thüringen hat ja übrigens auch eine Bundeskanzlerin ein demokratisches Wahlergebnis aus dem fernen Afrika aushebeln lassen.

Zur Corona-Krise hat Frau van der Leyen außer sich medienwirksam die Europahymne summend beim Händewaschen in Brüssel zu zeigen auch nicht viel Substantielles zu sagen. Eines wurde dabei in den letzten Wochen immer deutlicher: In Zeiten der Krise treten die Nationalstaaten wieder souverän auf und treffen Entscheidungen zum Wohle ihrer Bürger, denn schließlich sind sie ja von denen gewählt worden. Dabei verbitten sie sich zurecht jegliche Eingriffe aus Brüssel. Da mag der Anhänger von Coudenhove-Kalergis-Plan, Bernd Posselt noch so sehr vor "nationalistischen Demagogen" warnen, die aus seiner Sicht einen Keil zwischen europäische Staaten treiben wollen. Vielmehr wird deutlich, dass die Europäische Union nicht in der Lage sein wird, für Gesamteuropa zu sprechen oder gar zu handeln und das ist auch gut so!

Die jetzt von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen, die der Eindämmung der enormen gesundheitlichen Gefährdungen und Folgen von Covid-19 dienen sollen, schränken die Freiheitsrechte der mündigen Bürger erheblich ein und mittlerweile mehren sich erste Zweifel, ob sie tatsächlich ihr Ziel erreichen werden. Zumindest warnen die ersten Politiker bereits davor. Es war im Übrigen der jetzt besonders staatsmännisch auftretende Gesundheitsminister Jens Spahn der noch vor zwei Jahren hunderte von Notfallkliniken aus Kostengründen einsparen ließ. Heute fehlen den Ärzten, Krankenschwestern und dem Pflegepersonal elementare Schutzausrüstungen und Hilfe kommt aus Ländern, wie China und Russland, die die Staatsmedien politisch verteufeln.

Bereits 2012 warnte übrigens bereits die Publizistin und Politikberaterin Getrud Höhler in einem Buch vor Merkels Regierungsstil. Merkel trage mit ihrem System Mitschuld an einer Entdemokratisierung Deutschlands, hieß es schon damals.

Es mutet letztlich auch schon fast grotesk an, wenn Posselt, der ja gleichzeitig der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist, die "Einheit und den Zusammenhalt der sudetendeutschen Gemeinschaft mit ihren vielen Erscheinungsformen" beschwört, trug er doch selbst dazu bei, dass eine Gesinnungsgemeinschaft seit Jahren vom Sudetendeutschen Tag ausgegrenzt wird und der AfD als stärkster Oppositionspartei ebenfalls kein Stand gewährt wird. Ein guter Geschichtenerzähler und Rhetoriker war ja bekanntlich Bernd Posselt aber schon immer, davon berichteten auch manche Unterstützer von ihm hinter vorgehaltener Hand. Die Zeit im Europaparlament ist jedenfalls für den überzeugten Christsozialen und Europapolitiker Posselt wohl nun endgültig vorbei, nachdem Manfred Weber seinen Posten an Frau van der Leyen verloren hat. Bleibt nur zu hoffen, dass nach der begrüßenswerten Initiative von Oskar Bachmann in die vertrackte Situation um die Änderung des Paragraphen 3 der Bundessatzung wieder Bewegung kommt. Wir sind es jedenfalls moralisch und völkerrechtlich insbesondere den noch Lebenden der sudetendeutschen Zeitzeugengeneration schuldig, dass wir uns unbeschadet der Politischen Korrektheit und des Zeitgeistes für ihre berechtigten Anliegen einsetzen.

Das meint jedenfalls

*Claus Hörrmann*

Stellvertretender Vorsitzender des Sudetendeutschen Landesverbandes und Pressesprecher in Sachsen

## Leseprobe aus dem Beitrag: Dr. Mathias Weifert: Die Donauschwaben – eine südostdeutsche Volksgruppe im und aus dem mittleren Donauration

„In sechs Hauptsiedlungsgebieten und zahlreichen Streusiedlungen fanden ein Wiederaufbau von Städten nach deutschem Recht und Vorbild, ein ungeheurer Auf- und Ausbau der Infrastruktur auf einer Fläche von etwa 65.000 km<sup>2</sup> und eine Erschließung der Bodenschätze statt. Die Produktionskraft der donauschwäbischen Landwirtschaft lag stets weit über dem jeweiligen Landesdurchschnitt. Auch Handwerk, Handel und Industrie waren unter

nismäßig besser entfaltet als kern.  
Im *Südöstlichen Ungari-*  
(Buchenland, Schildgebirge  
schen Raabfluß, Donauknie  
Ofenpest lebten zuletzt  
100.00), in der *Schwäbi-*  
nau und Schomodei) zwi-  
Drau mit Hauptort Fünfkir-  
100.000), im *Batscher Land*  
mit Hauptort Neusatz  
*Syrmien und Slawonien*  
und Drau) mit Hauptort Es-  
*Banat* (zwischen Theiß, Do-  
Bergland, einschließlich des

Marosch) mit Hauptort Temeschburg 450.000 (heute 50.000) und in *Sathmar* (im nordöstlichen Großen Ungarischen Tiefland) mit Hauptort Großkarol 50.000 (heute 20.000) . . .

Auch in der jeweiligen „neuen Heimat“ haben die Donauschwaben ihre ungeheure Aufbauleistung fortgesetzt und so mit ihrem Kulturerbe zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt entscheidend beigetragen . . .“

(Dr. Mathias Weifert (Hrsg.): *Eingliederung donauschwäbischen Kulturerbes* . . ., S. 6. Siehe Umschlagsbild).

Herbert Karl



den Donauschwaben verhält-  
bei den anderen Südostvöl-  
*schen Mittelgebirge*  
und Ofner Bergland) zwi-  
und Plattensee mit Hauptort  
350.000 Deutsche (heute noch  
*schen Türkei* (Braunau, Tol-  
schen Plattensee, Donau und  
chen rund 250.000 (heute  
(zwischen Donau und Theiß)  
250.000 (heute 25.000), in  
(zwischen Sawe [Sau], Donau  
seg 200.000 (heute 5.000), im  
nau, Marosch und Banater  
Arader Gebietes nördlich der



## Ein historischer Einschnitt

Der Sudetendeutsche Tag zu Pfingsten ist abgesagt. Eine nachvollziehbare organisatorische Entscheidung angesichts der grassierenden Corona-Epidemie, der seit Wochen vor allem ältere Menschen zum Opfer fallen. Im November soll in München ein „kleiner ST“ stattfinden, u. a. mit Verleihung des Europäischen Karlspreises der Landsmannschaft. Und für 2021 ist in Regensburg der nächste reguläre ST mit einem Donau-Moldau-Fest geplant. Die Veranstalter hoffen dann wieder auf eine Beteiligung auch tschechischer Gäste.

Dass das diesjährige Pfingsttreffen ausfallen muss, ist freilich ein gravierender Einschnitt für die Volksgruppe in der Zerstreung. Im Mai vor genau einem Dreivierteljahrhundert begann mit der „wilden Vertreibung“ ihr Leidensweg. 75 Jahre danach wäre es deshalb höchste Zeit für eine realistische, ehrliche Bestandsaufnahme des sudetendeutsch-tschechischen Verhältnisses. Es leidet noch immer unter der Weigerung führender Politiker in Prag – nicht nur der indirekt mitregierenden Kommunisten –, sich ohne Wenn und Aber von der gewaltsamen Trennung von den einstigen deutschen Mitbürgern zu distanzieren und eine irgendwie geartete Wiedergutmachung anzustreben.

Die menschenrechtswidrigen Benesch-Dekrete, mit denen einst die Vertreibung in Gang gesetzt wurde, sind weiter Teil der tschechischen Staatsräson und werden selbst von sich demokratisch nennenden Parteien nicht angetastet. Eine erfolgreiche Verständigungspolitik, von der in diesen Tagen wieder hie und da geschwärmt wird, sieht anders aus.

Klar, es gibt auf unterer, vor allem kommunaler, Ebene bewegende Zeichen von Solidarität, aber „oben“, bei den Regierenden versteckt man sich lieber hinter den mehrdeutigen Formulierungen der deutsch-tschechischen Erklärung – und auch in Berlin und München machen Politiker dieses Spiel bereitwillig mit. Viele Landsleute vermuten hinter dem Anspruch, mit dem Sudetendeutschen Tag neuer Art einen „europäischen Begegnungsort“ zu schaffen, ein Ausweichen vor der damals wie heute nicht einfachen Aufgabe, dass sudetendeutsch-tschechische Verhältnis auf eine neue, stabile Grundlage zu stellen. Verständigung oder „Versöhnung“, von der so oft die Rede ist, kann allerdings niemals einseitig sein. Daran zu erinnern sollte gerade im Jahr 2020 nicht schwer fallen, egal ob zu Pfingsten oder erst im November. Eigentlich.

*Gernot Facius*

## AK Deutsche Minderheiten weltweit

Von unserer Facebook-Seite: Eine deutsche Stimme aus der Tschechischen Republik:

### LandesEcho

#### 1. April um 07:04

Viele Leser unserer Zeitschrift „LandesEcho“. Sie waren bisher Diese Möglichkeit besteht nur Lesern aus dem Ausland jedoch wehrt. Aber auch Leser in „LandesEcho“ zu kaufen, da haben.

Für uns wiederum heißt das, osk- und Anzeigenverkauf auf was unsere Arbeit wesentlich erschwert. Wir möchten Sie deshalb bitten: Schließen Sie sich unseren treuen Abonnenten an und erleichtern Sie sich den Zugang zum LandesEcho mit dem Abschluss eines Jahresabos. Damit unterstützen Sie zugleich unsere Arbeit, um Sie auch weiter aktuell über die Corona-Krise und weitere Neuigkeiten und deutsches Leben in Tschechien informieren können. Sie können übrigens auch unser PDF-Förder-Abo bestellen, das zugleich etwas günstiger ist. Die Bestell- und Abomodalitäten finden Sie unter :

<http://landesecho.cz/index.php/abo>



kommen derzeit schwerer an ihr gewohnt, sie im Kiosk zu kaufen. in Tschechien. Der Weg dahin ist seit der Grenzschließung ver-Tschechien haben Probleme, das viele Verkaufsstellen geschlossen

das die Einnahmen aus dem Kin-unbestimmte Zeit wegbrechen,

### Spruch aus Siebenbürgen



### In eigener Sache

Wegen dem weltweiten Viren-Tsunami mußten auch wir die geplanten Reisepläne zurückstellen.

Wir würden uns aber über Anregungen und Beiträge zu Themen rund um Vertreibung und deutsche Minderheiten freuen:

[kontakt@vadm-afd.de](mailto:kontakt@vadm-afd.de)



### HOH(L)SPIEGEL:

Richard Berger stellte unseren Verein

VAdM in der Ausgabe vom 1. Juli 2019 des Donautal-Magazin vor.



### Bitte um Mitarbeit

Bei der Ausreise/Umsiedlung von Landsleuten aus den historischen Siedlungsgebiete in die BRD sind derzeit immense bürokratische Hürden zu überwinden. Um diese Problematik angehen zu können, benötigen wir entsprechende Sachberichte; diese erbitten wir über unsere Internetadresse.

Der VAdM-Vorstand

### Bildnachweis:

Die Bilder von S. 4 wurden uns von Bernd Schmieder, Berlin, zur Verfügung gestellt.

Alle sonstigen Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen

oder offiziellen Afd-Seiten. hk

### Buchempfehlung



### Weinempfehlung



### Impressum

SPRECHER Herbert Karl:

0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:

0176 82072670

STELLV. SPRECHER :

Martina Kempf

Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:

Grösselbergstr. 7

75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I

BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

[www.vadm-afd.de](http://www.vadm-afd.de)

E-Mail:

[kontakt@vadm-afd.de](mailto:kontakt@vadm-afd.de)